

## **Abfallwirtschaft: Grüne sehen in Informationskampagne der Stadtverwaltung Werbung für den ZAKB**

# **Simon: Flyer für den Müll**

Von unserem Redaktionsmitglied Uwe Rauschelbach

Grünen-Fraktionsmitglied Gregor Simon hat die Informationskampagne der Stadtverwaltung zur Neuordnung des Müllwesens in die Tonne getreten. Sie sei verkappte Werbung für einen Beitritt zum Zweckverband Abfallwirtschaft.

Lampertheim. Mangelnde Informationen zur Neuordnung der städtischen Müllentsorgung muss sich die Stadtverwaltung nicht vorwerfen lassen. Kritik gab es in der jüngsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses dennoch. Grünen-Fraktionsmitglied Gregor Simon äußerte den Eindruck, die Verwaltung gebe gezielt Informationen heraus, um eigene Vorentscheidungen öffentlich durchzusetzen.

Ausgangspunkt für Simons Schelte war nicht nur die Sitzungsvorlage der Verwaltung. Sondern auch die Informationsoffensive durch einen Flyer, mit dem die Haushalte über die bevorstehende Neuordnung des Müllwesens unterrichtet wurden. In diesen Darstellungen werde das bisherige Gebührensystem "schlecht geredet", meinte Simon. Er empfand dies als "Tritt ans eigene Schienbein". Denn wenn das herkömmliche System tatsächlich so dürftig sei, hätte es längst korrigiert werden müssen.

Der Flyer sei vor diesem Hintergrund nicht nur eine Bankrotterklärung der Verwaltung, sondern auch ein "Werbeflyer für das ZAKB-System", also das Gebührenmodell des Zweckverbands Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße. Im Zusammenhang mit der Neufassung des Müllrechts wird in Lampertheim auch ein Beitritt zum ZAKB erwogen (wir haben berichtet).

### **System Müllentsorgung**

Zur Entscheidung steht an, ob die Müllentsorgung künftig in städtischer Hand bleibt oder unter das Dach des Zweckverbands Abfallwirtschaft (ZAKB) kommen soll.

Bislang war die Abfallwirtschaft in Eigenregie kostengünstiger. Eine unveränderte Fortführung ist aus Rechtsgründen nicht mehr möglich.

Mit der Einführung eines neuen Systems sind Investitionen verbunden, die auf die Gebühren umgerechnet werden müssten.

Die Kosten für den Weiterbetrieb in Eigenregie werden mit knapp 300 000 Euro beziffert.

Die Kosten für einen erweiterten Dienstleistungsvertrag mit dem ZAKB belaufen sich auf 200 000 Euro.

Diese Kosten würde der ZAKB im Falle eines Beitritts übernehmen. urs

## **Bürgermeister gibt Kontra**

Gegen Simons Vorwürfe setzte sich Bürgermeister Gottfried Störmer energisch zur Wehr. Anlass des Flyers sei die Befürchtung gewesen, dass die Debatte über das städtische Müllwesen an den Bürgern vorbeigehe. Der Flyer beschränke sich freilich auf die wesentlichsten Punkte. Womöglich seien auch nicht alle Formulierungen optimal; die Verwaltungsmitarbeiter seien schließlich "keine Werbeexperten".

Keinesfalls aber sei das Informationsblatt als "Werbeflyer für den ZAKB" konzipiert. Stattdessen werde es zu vergleichbaren Themengebieten ähnliche Verteilblätter geben, um den Bürgern künftig eine breitere Informationsbasis zu bieten. Die neuen Flyer sollten dann mit professioneller Hilfe erstellt werden, kündigte der Verwaltungschef an.

Die Vertreter der anderen Fraktionen machten unterdessen zusätzlichen Beratungsbedarf kenntlich. SPD-Fraktionschef Hans Hahn plädierte dafür, eine Entscheidung nicht übers Knie zu brechen. Für einen ZAKB-Beitritt zum Januar 2015 sei es mittlerweile ohnehin zu spät.

Der Vorschlag von CDU-Fraktionsmitglied Franz Korb, eine Bürgerversammlung einzuberufen, stieß im Ausschuss nicht auf ungeteilte Zustimmung. Besonders Sozialdemokrat Hahn war "strikt dagegen", zum jetzigen Zeitpunkt eine Bürgerversammlung einzuberufen; es gebe noch zu viele Unwägbarkeiten. Auch im Magistrat sei keine Entscheidungsbasis gefunden worden. Stadtverordnetenvorsteherin Brigitte Stass, die eine Bürgerversammlung einberufen müsste, äußerte ebenso Skepsis. Beim Müll seien in erster Linie politische Entscheidungen zu treffen. Die Bürger sollten mit diesem komplexen Thema denn auch "nicht belastet" werden.

Auch hier warb Bürgermeister Störmer für das Instrument der Bürgerbeteiligung. Eine Bürgerversammlung sei kein Entscheidungsforum, sondern habe die Aufgabe, Informationen für eine Meinungsbildung zu liefern. Störmer plädierte aber dafür, erst einmal einen Arbeitskreis zu bilden, um eine solidere Informationsgrundlage zu schaffen. Eine politische Entscheidung solle damit aber keineswegs unterlaufen werden. Mit diesem Vorschlag konnten sich im Ausschuss alle Fraktionsvertreter anfreunden.

© *Südhessen Morgen, Freitag, 04.04.2014*

## **Mit dem Rad gefahren?**

Von Uwe Rauschelbach über das Kontra zur Erdölförderung

Uwe Rauschelbach

© *Berno Nix*

Für ihre Entscheidung gegen eine Erdölförderung auf städtischem Territorium verdient die rot-grüne Koalition Respekt. Denn sie nimmt die Energiewende offensichtlich ernst. Ihr Argument, die Nutzung von Erdöl widerspreche den Anliegen und Zielen der Energiewende und trage zum beklagten Klimawandel bei, ist konsequent.

Gleichwohl begeben sich SPD und Grüne mit ihrer Haltung in eine Sackgasse. Denn just einen Abend zuvor haben die Vertreter eben jener Fraktionen beklagt, dass die Energiewende auch auf kommunaler Ebene nicht voran kommt. Dies hatte sich am Beispiel des verschärften Planungsrechts für den Bau von Windkraftanlagen gezeigt. Da müsse man wohl kleine Schritte akzeptieren, hieß es kleinlaut.

Wie vor diesem Hintergrund der Energiebedarf dieses Landes gedeckt werden kann, beantworten SPD und Grüne nicht. Es ist zumindest schwer zu sehen, wie eine erfolgreiche Energiepolitik aussehen soll, wenn auf fossile Energieträger verzichtet wird und die Nutzung der erneuerbaren Energien noch in den Kinderschuhen steckt. Deshalb trifft der Ideologievorwurf der CDU an die Adresse von Rot-Grün nicht völlig ins Leere - oder ist die Vermutung falsch, dass die wenigsten Koalitionäre mit dem Fahrrad zur Ausschusssitzung gefahren sind?

© *Südhessen Morgen, Freitag, 04.04.2014*